

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

8.2.1932 (No. 32)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: G. A. M. e. n. b., Karlsruhe

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: G. A. M. e. n. b., Karlsruhe

Verlagspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kaszerrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesarbeitsamts Südbadens in der Zeit vom 16. bis 31. Januar 1932.

In der zweiten Hälfte des Monats Januar hat in Südbaden der Andrang von Arbeitslosen in allen Berufsgruppen mit Ausnahme der metallverarbeitenden und Maschinenindustrie erheblich nachgelassen. Die Gesamtzahl der bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern registrierten Arbeitsuchenden betrug Ende Januar 340 039 Personen, 271 108 Männer und 68 931 Frauen. Von der Zunahme, die seit Mitte des Monats 1931 Personen ausmachte, jenseits 23 625 in der zweiten Dezemberhälfte und 20 981 in der ersten Januarhälfte, kamen 2443 oder rund ein Drittel auf die Metallindustrie.

In der Statistik der unterstützten Arbeitslosen haben sich in der zweiten Hälfte des Januar die starken Zugänge der ersten Januarhälfte ausgewirkt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger stieg in der Arbeitslosenversicherung um 9885 Personen und in der Krisenfürsorge um 5854. Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitsämter am 30. Januar 1932 folgender:

in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 122 290 Personen (96 195 Männer, 26 095 Frauen), in der Krisenunterstützung 83 588 Personen (71 888 Männer, 11 700 Frauen).

Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 15 539 Personen oder um 8,2 v. H.

von 190 339 Personen (156 634 Männer, 33 705 Frauen) auf 205 878 Personen (168 083 Männer, 37 795 Frauen); davon kamen auf Württemberg 89 162 gegen 82 732 und auf Baden 116 716 gegen 107 607 am 15. Januar 1932.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südbaden kamen am 31. Januar 1932 auf 1000 Einwohner 40,9 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge gegen 38,7 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage war in der Berichtszeit hauptsächlich durch die Vorgänge in folgenden Berufsgruppen zurückzuführen:

Der Zugang von 642 arbeitssuchenden Personen aus der Berufsgruppe Land- und Forstwirtschaft betraf in der Mehrzahl Holzhauer und sonstige Waldarbeiter, die infolge des Daniederliegens der Waldwirtschaft arbeitslos wurden. Die Entlassungen landwirtschaftlichen Personals scheinen zum Stillstand gekommen zu sein. Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften beschränkte sich fast nur auf junge Leute unter 20 Jahren. Der Wirtschaftstag hat in diesem Jahre ganz und gar nicht die Bedeutung gehabt, die er nach altem Herkommen für den Stellenwechsel des landwirtschaftlichen Dauerpersonals gespielt hat. Die Gesamtbelastung des Arbeitsmarktes in der Berufsgruppe Land- und Forstwirtschaft belief sich Ende Januar auf 8642 Personen.

In der Industrie der Steine und Erden ist die Arbeitslosenzahl in der Berichtszeit nur wenig gestiegen. Mit den vorhandenen 11 000 Arbeitssuchenden scheint der Höchststand der saisonmäßigen Arbeitslosigkeit ziemlich erreicht zu sein.

Der Beschäftigungsgrad der metallverarbeitenden und Maschinenindustrie hat in der Berichtszeit wieder am meisten gelitten. Die geringen Verbesserungsercheinungen, die sich im Landmaschinenbau zeigten, brachten keine Entlastung des Arbeitsmarktes. An den größeren Entlassungen waren hauptsächlich die Automobilindustrie und der Motorenbau, die Maschinenindustrie, die Uhrenindustrie und die Edelmetallindustrie beteiligt. Auch der Flugzeugbau hat erhebliche Entlassungen vorgenommen. Daneben wurden wieder in der Gesamtzahl stark ins Gewicht fallende Einzelentlassungen der Handwerksbetriebe beobachtet. Die Gesamtzahl an Arbeitssuchenden aus der Metallindustrie betrug Ende Januar 66 256 Personen.

In der chemischen Industrie hat sich die Arbeitslosenzahl etwas verringert. Eine Carbidfabrik in Baden konnte 60 Mann, die entlassen waren, wieder einstellen.

In der Textilindustrie ist die Beschäftigung der württembergischen Textilfabrikation im großen und ganzen noch recht befriedigend geblieben. Teilweise wurde sogar wieder ein Anziehen der Beschäftigung beobachtet. Eine Textilfabrik hat im Laufe des Monats 65 ihrer früheren Arbeiter wieder eingestellt. Ein großer Spinnereibetrieb hat 40 Spezialkräfte neu angefordert. In der Strickwarenindustrie hat sich die Verschlechterung fortgesetzt; hier wurden in allen Bezirken weitere Entlassungen gemeldet. In der oberbadischen Baumwoll-, Seidenstoff- und Bandindustrie ist der Beschäftigungsstand ständig im Sinken begriffen. Ende Januar waren aus der Textilindustrie 9409 Arbeitssuchende, 3775 Männer und 5634 Frauen, gemeldet.

Aus der Papierindustrie wurde in der Berichtszeit nur über 20 Entlassungen in einer Zülfabrik berichtet. Die Arbeitsmarktbelastung betrug Ende Januar 3633 Personen gegen 2731 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

In der badischen Gummiindustrie und in der Kofferindustrie sind die Entlassungen zum Stillstand gekommen. Aus der ganzen Berufsgruppe Lederindustrie betrug das verfügbare Kräfteangebot 4997 Personen gegen 3949 Ende Januar 1931.

In der Holzindustrie wird aus allen Bezirken über weitere Entlassungen in der Möbelfabrikation berichtet, auf die hauptsächlich der Zugang von 723 arbeitssuchenden Holzarbeitern zurückzuführen ist. Die Belastung des Arbeitsmarktes ist auf 23 040 Arbeitssuchende angewachsen.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe betrug der vorwie-

Letzte Nachrichten

Der Krieg im Fernen Osten Japans Plan einer Demilitarisierung chinesischer Gebiete

WTA. Tokio, 8. Febr. (Tel.) Ein Vertreter des Außenministeriums erklärte, Japan habe die Mächte wegen seines Vorschlags, die bedeutendsten chinesischen Handelshäfen und die Handelswege zu demilitarisieren, noch nicht sondiert. Japans Vertreter im Auslande seien aber angewiesen worden, bei günstiger Gelegenheit die Frage zur Sprache zu bringen. Der Vorschlag geht dahin, demilitarisierte Zonen von 24 bis 36 Kilometer Durchmesser um die wichtigsten Handelsplätze Chinas zu schaffen, besonders um Schanghai, Hankau, Tientsin, Kanton und Tjingtau. Die Handelswege würden ebenfalls demilitarisiert werden. Ein Teil der besser disziplinierten chinesischen Truppen könnte jedoch als Polizei verwendet werden.

Die Kämpfe bei Schanghai

Die Wufung-Forts sind, entgegen anderslautenden Meldungen, noch nicht von den Japanern eingenommen worden. Man vermutet, daß ein Teil der 10. chinesischen Armee sich in den Forts verschanzt hält. Die Vorhut der von Tokio auf den Weg gebrachten Division, 900 Mann, wurde Sonntag nachmittags außerhalb der Wufung-Forts gelandet. Kurz darauf wurde von den japanischen Jerntruppen mit Unterstützung der soeben an Land gebrachten Mannschaften sowie mehrerer Panzerautos das Feuer auf die Ortshäfen Wufung eröffnet. Infolge der zerstörten Brücken über den Wufung-Bach konnten die Panzerautos nicht ins Dorf vordringen. Sie beschränkten sich auf eine heftige Beschießung der von den Chinesen mit äußerster Tapferkeit verteidigten Forts. Die Demilitarisierung, zumeist arme Fischer, verdrängte panikartig.

Zusammentritt des Verwaltungsrats der BZ.

WTA. Basel, 8. Febr. (Tel.) Der Verwaltungsrat der BZ ist heute vormittag zusammengetreten. Die Verhandlungen werden an Stelle des in den Vereinigten Staaten weilenden Präsidenten Mac Garrah von dem Vizepräsidenten, dem deutschen Delegierten Dr. Melchior, geleitet. Den Verhandlungen wohnen auch die beiden anderen deutschen Delegierten, Reichsbankpräsident Dr. Luther und Generaldirektor Reusch, bei.

Großhandelsindex 99,3

Die vom statistischen Reichsamte für den 8. Februar berechnete Großhandelsindexziffer ist mit 99,3 gegenüber der Vorwoche um 0,4 Proz. zurückgegangen. Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 92,1 (plus 0,3 Proz.), Kolonialwaren 90,5 (minus 0,4 Proz.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 91,8 (minus 0,7) und industrielle Fertigwaren 123,1 (minus 0,9 Proz.).

Für den Monatsdurchschnitt Januar stellt sich die Großhandelsindexziffer auf 100,0 (minus 3,6 Proz.). Hauptgruppen: Agrarstoffe 92,1 (minus 2,5 Proz.), Kolonialwaren 90,4 (minus 0,3 Proz.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 92,2 (minus 0,8 Proz.) und industrielle Fertigwaren 125,2 (minus 4,0).

Weiterarbeit in den Reichstagsausschüssen. Nach den bisherigen Dispositionen beginnen die Ausschussarbeiten im Reichstag Anfang dieser Woche mit Sitzungen des Wohnungsausschusses. Für Donnerstag, den 11. Februar, ist der Rechnungsuntersuchung des Haushaltsausschusses einberufen worden.

Der sozialdemokratische Parteiausschuss beendete am Samstagvormittag seine Tagung mit einer Aussprache über die bevorstehende Reichspräsidentenwahl. Dem Parteivorstand wurde die Vollmacht erteilt, im gegebenen Augenblick die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Die Stimmung im Parteiausschuss soll unter dem Druck der Verhältnisse fast durchweg für eine Unterstützung der Kandidatur Hindenburgs gewesen sein.

gend aus der Tabakindustrie kommende Zugang 601 Personen. Die Beschäftigung der badischen Zigarrenindustrie ist in letzter Zeit ziemlich uneinheitlich und stark veränderlich gewesen. Die schlechte Lage des Brauergewerbes kam in fast allen Bezirken durch vermehrte Arbeitslosmeldungen von Brauereiarbeitern zum Ausdruck. Die Zuckerraffination hat den saisonmäßigen Abbau ihrer Arbeiterschaft fortgesetzt. Eine Raffinerie hat von 130 Beschäftigten 60 entlassen. In der Schokoladen- und Süßwarenfabrikation hat sich die Beschäftigung etwas verbessert. Im Wälder- und Metzgereigewerbe blieb die Arbeitsmarktlage sehr gedrückt. Der Gesamtbestand an Arbeitssuchenden aus dem Nahrungs- und Genussmittelgewerbe belief sich Ende Januar auf 20 268 Personen, 7244 Männer und 13 024 Frauen.

Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe war die Lage in der Herrenschneiderei unverändert schlecht, während die Beschäftigung der Damenschneiderei eine kleine Besserung zeigte. Erheblich leidet die Lederhandschuhindustrie unter Mangel an Aufträgen, so daß nach bereits vorgenommenen Einschränkungen der Arbeitszeit ein Abbau der Belegschaften zu befürchten ist. Sehr uneinheitlich ist die Beschäftigung der Schuhindustrie. Der größte Betrieb ist dauernd voll beschäftigt, zwei andere größere Betriebe haben über 200 Arbeitskräfte entlassen und wieder zwei andere Betriebe konnten 160 Kräfte wieder einstellen. Der Arbeitslosenstand in der ganzen Gruppe, Bekleidungs- und Schuhgewerbe, ist gegen die Monatsmitte leicht zurückgegan-

Memel

Der erste und der zweite Streich

Die Entwicklung der Dinge in Memel seit dem Kriegsende ist für die Memelländer eine Kette von Leiden, für Deutschland und den deutschen Volksgedanken ein dauernder Affront und für Europa ein Skandal. Man kann es sich leicht denken, mit welchen Argumenten der litauische Gouverneur des Memelgebietes, Merkys, die Zustimmung der Rownoer Regierung zu dem nationalistischen Staatsstreich erlangt hat. Er hat wahrscheinlich gesagt: Im Januar 1923 gelang der Überfall auf Memel, weil in Europa Verwirrung durch den Ruhrkrieg herrschte. Heute sei der Völkerverbund vor allem durch den Konflikt im Fernen Osten in Anspruch genommen. Die Zeit zum zweiten Streich, das Memelgebiet vollständig unter die litauische Herrschaft zu bringen, sei gekommen.

Der erste Streich erfolgte bekanntlich im Januar 1923, also vor etwas über neun Jahren. Damals fielen 3000 bis 4000 „Freischärler“ aus Litauen, zum Teil in Rüberzivil gesteckte Soldaten, mit grünen Armbinden in das Memelland ein und nahmen die Hauptstadt Memel nach fünftägiger Einschließung, nachdem sowohl von seiten der französischen Besatzung (einem Rekrutenbataillon) wie von seiten der Litauer in der Hauptsache in die Luft geschossen worden war. Für die damalige Stimmung in Deutschland war folgender Vorfall bezeichnend: Der Verfasser dieser Zeilen, damals Hauptschriftleiter der größten memelländischen Tageszeitung, des „Memeler Dampfboots“, fuhr, als ihn die erste Nachricht von dem Einfall der Litauer erreichte, zusammen mit dem Oberbürgermeister von Memel und anderen Herren im Kraftwagen an die Grenze, und zwar nach dem nördlichsten Ort des Gebiets, Nimmerjatt, von wo noch kein Einfall gemeldet worden war. Man hatte nach kurzem Aufenthalt dort alle Mühe, die Stadt wieder zu erreichen, um nicht von den an anderen Punkten einmarschierten Litauern abgeschnitten zu werden. Der Verfasser gab nach der Rückkehr sofort an das amtliche deutsche Wolffsche Telegraphenbüro eine Nachricht über den Einfall — die ihm zunächst nicht geglaubt wurde! Es wurde ihm gesagt, es handle sich doch um eine Erhebung der Memelländer gegen die Franzosen! Das hatte nämlich Kolomo in die Welt hinaus gemeldet und das wurde in Deutschland geglaubt!

Den Memelländern lag solches wahrlich nicht im Sinn, denn sie wußten, worum es ging. (In Deutschland war man sich freilich damals darüber bei weitem nicht klar.) Es ging um die deutsche Kultur und um die Freiheit des memelländischen Volkes. Nach der Abtrennung des Memellandes durch das Versailler Diktat erhielt das Gebiet zunächst französische Besatzung. Sie blieb nicht weniger als drei Jahre dort, weil die alliierten und assoziierten Hauptmächte, zu deren Verfügung das Gebiet von Deutschland abgetrennt worden war (Art. 99), nicht wußten, was sie damit machen sollten. Der einfachste Weg, eine Entscheidung durch Volksabstimmung herbeizuführen, wurde von den Alliierten abgelehnt, ganz einfach deshalb, weil sie 99 Prozent der Stimmen für Deutschland erbracht hätte. Unter der französischen Besatzung hatten die Memelländer einen schweren Kampf zu führen, und

gen und betrug 12 074 Personen, 7214 Männer und 4860 Frauen.

In den Bauberufen betrug der Zugang an Arbeitslosen 802 gelernte Bauhandwerker und 411 Bauhilfsarbeiter. Die Zugänge kamen weniger aus dem Baugewerbe selbst, das schon lange völlig darniederliegt, sondern vielfach aus der Forstwirtschaft, die zum Holzschlag vorübergehend Bauarbeiter beschäftigt hatte. Der Arbeitslosenstand an Bauarbeitern ist auf 63 158 Mann, 36 297 gelernte und 26 861 ungelernete Arbeiter angewachsen. Der Höchststand vom Winter vorigen Jahres ist immer noch nicht ganz erreicht.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe war das Vermittlungsgeschäft durch das Ausfallen größerer Festveranstaltungen infolge der allgemeinen Wirtschaftsdpression stark beeinträchtigt.

Im Verkehrsgewerbe sind die Entlassungen noch nicht zum Stillstand gekommen. Im Mannheimer Hafen wurden die Belegschaften in den Schiffs- und Umschlagsbetrieben stark abgebaut.

In der Berufsgruppe häusliche Dienste hat sich die schon in der ersten Monatshälfte beobachtete Belebung des Vermittlungsgeschäftes fortgesetzt.

In den Angestelltenberufen waren die Zugänge an Stellen-suchenden gegenüber dem starken Andrang in der ersten Januarhälfte nicht mehr von Bedeutung. Eine Besserung der Arbeitsmarktlage für Angestellte wurde fast nirgends beobachtet.

zwar einen Dreifrontenkampf, den sie schließlich verlieren mußten. Dieser Kampf ging zunächst gegen die mit großen Geldmitteln arbeitende nationallitauische Propaganda, die sich naturgemäß vor allen Dingen an die litauische Bevölkerung des Gebiets (nicht ganz die Hälfte der Einwohner) wandte. Zum zweiten, gegen die französische Bevormundung; zum dritten aber, gegen die Verständnislosigkeit und um jeden Preis litauenfreundliche Politik nicht einflussreicher Kreise in Deutschland.

Nachdem den Memelländern ihre Rückkehr zu Deutschland versperrt war, verlangten sie einen Freistaat nach Danziger Muster unter Schutz und Garantie des Völkerbundes, um sich ihre deutsche Kultur und ihre politische und wirtschaftliche Freiheit zu erhalten. Eine private Volksabstimmung, welche die große deutsch-litauische Volksorganisation des Gebiets, der Deutsch-Litauische Heimabund unterstützte, ergab hierfür eine überwältigende Mehrheit durch Eintragung der Wahlberechtigten in die Listen. Der französische Befehlungsbehörde war diese Abstimmung nicht unangenehm, denn man war zumal in Paris dem litauischen Staat, schon mit Rücksicht auf den polnischen Verbündeten, gar nicht grün. Aus diesen Gründen erregte aber diese Volksbefragung in Deutschland ein gewisses Unbehagen, denn dort war eine starke und an sich verständliche Stimmung dafür, Litauen zu stärken, um gegen Polen einen Trumpf in der Hand zu haben.

Das entschuldigt es aber freilich nicht, daß im Reich sogar eine ausgesprochene litauenfreundliche Propaganda Boden finden konnte, die den Memelländern im Kampf um ihre Selbstbehauptung schwer zu schaffen machte. Vielfach las man in deutschen Blättern und Zeitschriften Nachrichten über die günstigen Aussichten und die gute Lage des litauischen Staates, und diese Stimmungsmache war natürlich den im Memelland in deutscher Sprache herausgegebenen national-litauischen Propagandablättern Wasser auf ihre Mühlen, während die deutsche memelländische Presse viel Kraft und Mühe vergeuden mußte, um die meist auch unrichtigen reichsdeutschen Meldungen und Artikel zu widerlegen. Es gab eben in Deutschland Kreise, die es viel lieber sahen, daß Memel sich mit Litauen vereinige, als daß es ein Freistaat unter dem Schutz des Völkerbundes werde. Man verlangte deshalb von den Memelländern, sie möchten sich mit Litauen über den Anschluß als autonomes Gebiet einigen, ohne sich darüber klar zu sein, was die Memelländer längst wußten und was auch die neuen Ereignisse wieder beweisen, daß der litauische Staat mit seinen nationalitistischen Leitern, meist Halbintellektuellen, die über ein überwiegend analphabetisches Volk herrschen, keine Verträge halten werde. Als der Kulturkrieg ausbrach, war bei solcher Stimmung in Deutschland tatsächlich der gegebene Zeitpunkt für den litauischen Einfall gekommen.

Was tat dann der Völkerbund? Er fand sich in der Hauptsache mit der gegebenen Tatsache ab. Er erfüllte den Hauptwunsch Litauens und stellte das Memelgebiet unter litauische Souveränität, gab ihm allerdings unter seiner Garantie das Memelstatut und die Autonomie, um die überlebende Rechte und die Kultur seiner Bewohner zu erhalten (Einleitung zum Autonomiestatut). Litauen nahm diesen Beschluß an, aber es errichtete im Memelland eine Militärdiktatur, die zunächst immer wieder die Wahlen zum memelländischen Landtag verhinderte und schließlich dessen Tätigkeit und die Selbstverwaltung und Autonomie des Memelgebiets praktisch dadurch unmöglich machte, daß sie bis zum heutigen Tage unter dem Kriegszustand regierte. Jede freie Meinungsäußerung der Memelländer in Presse und Öffentlichkeit wurde verhindert, während der Gouverneur der Gesetzgebung des Landtags und der Regierungsführung durch immer neue Vetos und durch Obstruktion gegen alle Auktionen der Selbstverwaltung Hemmnisse auf Hemmnisse in den Weg zu legen verstand. Das war schon ein fortgesetzter Bruch des Memelstatuts.

Der zweite Streich ist jetzt getan unter glattem Bruch der Memelkonvention. Wahrscheinlich rechnet Litauen selbst auch durch seine neue Aktion von 1932 nicht auf die volle Erfüllung seiner Wünsche, aber man hofft eben wieder einen Schritt zum Ziel der völligen Aneignung, und Litauisierung des Gebiets, weiter zu kommen. Das zu verhindern und dem Memelgebiet endlich wirkliche Selbstverwaltung gemäß dem Memelstatut zu geben, ist Aufgabe des Völkerbundes, der zum Schutz der memelländischen Autonomie verpflichtet ist. Carl Aug. Seyfried.

Eine Rombert-Feier in Heidelberg. In Anwesenheit des Dichters Alfred Rombert fand am Vorabend seines 60. Geburtstages in der Aula der Heidelberger Universität eine feierliche Feier, veranstaltet von der Deutschen Fachschaft, statt. Vertreter der Stadt Heidelberg, der Universität, der Preussischen Dichterkademie, deren Mitglied Rombert seit ihrer Begründung ist, Verehrer und Freunde des Dichters aus allen Teilen Deutschlands, Bürger und Studenten der Universität gaben der Feier ein eindrucksvolles Gepräge. Das Programm hatte einen inneren Bezug auf das musikalisch-dichterbische Wesen des Rombertischen Werkes: es brachte Quartettmusik von Gounod und Beethoven, regitatorische Wiedergaben litauischer Gedichte und dramatische Szenen aus Rombertischen Dichtungen und eine feierliche Ansprache von Richard Benz, die die Bedeutung des Dichters Rombert für die Kultur der Gegenwart erläuterte.

Die französischen Wahlen. Auf dem Kongreß der Republikanischen Vereinigung in Paris erklärte Louis Marin, er habe den Ministerpräsidenten Daladier gebeten, die französischen Wahlen so spät wie möglich anzusetzen. Man müsse verhindern, daß links-wahlende in Frankreich erfolge, weil diese ein Auftrieb für Hitler seien.

Beginn der Abrüstungsdebatte in Genf

Der Standpunkt Englands und Frankreichs

WZ. Genf, 8. Febr. (Tel.) Die Generalaussprache über die allgemeine Abrüstung hat heute begonnen. Die Delegierten sind vollzählig vertreten. In der ersten Reihe unmittelbar vor der Präsidententribüne hat der deutsche Reichskanzler Platz genommen.

Um 10.15 Uhr erteilt der Präsident dem Vertreter Großbritanniens, Außenminister Sir Simon, das Wort. Er wies auf die Unterschiede des Rüstungsstandes in den einzelnen Ländern hin und beantragte die Einsetzung eines Stichtages als Ausgangspunkt für die Abrüstungskonferenz. Sir Simon bekämpfte die französische Sicherheitshefte; er anerkannte das Schema des Konventionentwurfes als Diskussionsgrundlage. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen legte Sir Simon besonderen Wert auf die Abschaffung des Gaskrieges und der Unterseeboote. Er führte aus, die Generationen, die den Krieg mit vollem Bewußtsein erlebten, sinnen an, denjenigen Platz zu machen, für die der Krieg nur noch eine Kindheits Erinnerung sei. Es sei deshalb jetzt höchste Zeit, die Abrüstung zu fördern.

Simon sagte, daß die Einschränkung der Rüstungen durch internationale Vereinbarungen nur auf zwei Wegen, die einzeln oder gleichzeitig beschritten werden könnten, möglich sei. Das eine sei die Methode der Festsetzung von Höchstgrenzen, das andere sei der vertragliche Ausschluss gewisser Werkzeuge oder Methoden. Für beide Behandlungsarten sei als weitere Garantie eine internationale Autorität erforderlich, die effektiv sicherstellt, daß diese Beschränkungen nicht überschritten werden, indem sie Übertretungsfälle feststellt und dadurch einen wirksamen Druck der übrigen Welt auf die vertragsbrüchigen Staaten herbeiführt.

Über die am Freitag veröffentlichten französischen Vorschläge erklärte Sir Simon, daß diese mit eingehendster und wohlwollendster Aufmerksamkeit von der britischen Delegation geprüft werden würden. England werde jedoch für alle Änderungen eintreten, die sich nach sorgfältiger Prüfung als zweckmäßig und brauchbar erweisen und wirklich zur Rüstungseinsparnis beitragen würden. Wir nehmen als Grundlage der künftigen Verhandlungen das allgemeine Schema des Konventionentwurfes und die Methoden der Rüstungsbegrenzung durch die Ansetzung von Höchstzahlen auf Grund dieses Entwurfes an. Wir sind für die Einsetzung einer ständigen Abrüstungskommission. Wir verlangen die Abschaffung des Gas- und chemischen Krieges, ebenso die Abschaffung der U-Boote. Wir wenden unsere besondere Aufmerksamkeit solchen Verboten oder Beschränkungen zu, die geeignet sind, die Angriffsfähigkeit zu schwächen und dadurch zu verhindern, die Angriffe zu befeuern.

Dann bestieg der französische Kriegsminister Tardieu die Rednertribüne.

Tardieu betonte zu Anfang seiner Ausführungen, die Aufgabe der Konferenz, eine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen vorzubereiten, könne nur unter vier Bedingungen erfolgen. Zunächst müsse die Sicherheit vorhanden sein, die Durchführung gemeinsamer Aktionen mühe gewährleistet sein, die geographische Lage und die besonderen Verhältnisse müßten berücksichtigt werden. Gleichberechtigung bedeute nicht Gleichmacherei (identité). Sicherung des Friedens unter Mäßigung der Rüstungen sei nur möglich, wenn ein allgemeines internationales Sicherheits- und Garantiesystem, das für alle Staaten verbindlich sei, eingeführt werde. Dieser Aufgabe dienten die französischen Vorschläge.

Tardieu entwidete dann im einzelnen die französische These. Der Artikel 8 des Völkerbundespatentes behandle nicht nur die Regelung der Rüstungsfrage, sondern auch die Schaffung kollektiver Sicherheit. Eine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen sei nur möglich, wenn gleichzeitig der nach französischer Auffassung erforderliche Ausbau der Sicherheitsorganisation des Völkerbundes erfolge.

Frankreich sei bereit, für eine ganz bestimmte Zeit eine Begrenzung seines augenblicklichen Rüstungsstandes ohne besondere Bedingungen anzunehmen. Im Vergleich zum Jahre 1913 habe Frankreich seine Effektivbestände um ein Viertel, die Zahl seiner Einheiten um die Hälfte und die Dienstzeit um zwei Drittel gekürzt, im Gegensatz zu anderen Staaten, die ihre Rüstungen vergrößert hätten.

Aus Tardieus Ausführungen geht hervor, daß die französische Delegation die Annahme ihres Programms als eine wesentliche Vorbedingung für praktische Schritte Frankreichs in der Abrüstungsfrage ansieht. Tardieu erklärte zum Schluß, ein Abkommen ohne Sicherheit wäre eine brutale und ungeredete Prämie für die Zahl und die Technik.

Brüning in Genf

Reichskanzler Dr. Brüning ist Sonntag nachmittags 4.50 Uhr in Genf eingetroffen und wurde von einer zahlreichen Menge begeistert empfangen. Der Reichskanzler konnte sich nur mit Mühe den Weg zum Kräfthaus bahnen, der ihn mit seiner Begleitung zum Hotel Metropole brachte.

Der Aufenthalt des Reichskanzlers in Genf wird bis morgen, Dienstagnachmittag, dauern. Seine Rede wird selbstverständlich das Abrüstungsproblem vom außenpolitischen Gesichtspunkt behandeln. Gegenüber einer gewissen Nervosität, die sich darin äußert, daß die deutsche Reichsregierung mit ihren Vorschlägen gegenüber den französischen Vorschlägen zurückbleibt, ist hervorzuheben, daß selbstverständlich die deutsche Reichsregierung positive Vorschläge zum Abrüstungsproblem bereit hat. Wenn sie mit diesen an die Öffentlichkeit tritt, muß sich ebenfalls noch im Laufe der Genfer Verhandlungen entscheiden.

Zusammenkünfte in Berlin. In der Nacht zum Sonntag und während des Sonntags kam es in Berlin zwischen links- und rechtsradikalen Parteimitgliedern zu zahlreichen Zusammenkünften. 109 Nationalsozialisten, 19 Kommunisten, 20 angeblich Parteilose und 2 Stahlhelm-Angehörige wurden zwangsgeführt. Der 18jährige Lehrling Georg Kreiser, Mitglied der Hitler-Jugend, wurde bei einer Schlägerei so schwer verletzt, daß er verstarb. Zwei Kommunisten wurden festgenommen.

Verhaftung eines Reichsdeutschen in Strassburg. Die Dabas aus Strassburg berichtet, daß dort unter der Anschuldigung der Spionage bei den Befestigungsbauten von Neubreisach und Schönan ein 30jähriger deutscher Ingenieur namens Paul Emil Weinert verhaftet worden sei.

Im Jedwabnower Aufrührerprozess wurden in Neidenburg (Ostpr.) 11 Angeklagte zu Gefängnisstrafen von 6 bis 12 Monaten verurteilt und 78 Angeklagte freigesprochen.

Weiteres Gold für Frankreich. Mit dem Passagierdampfer „American Shipper“ sind am Sonntag in Cherbourg für die Bank von Frankreich 200 Barren Gold im Werte von 11 Millionen Dollars aus Amerika eingetroffen.

Ein Staatsstreich gegen Memels Autonomie

Deutscher Schritt beim Völkerbund

Der litauische Gouverneur des Memelgebiets hat am Samstag dessen autonome Regierung, das Landesdirektorium abgesetzt, den Präsidenten Böttcher verhaftet und einen national-litauischen Landesrat eingesetzt. Seit längerem war von litauischer Seite eine Aktion gegen die memelländische Regierung im Gange, die damit begründet worden war, daß ohne Wissen der litauischen Zentralregierung memelländisch-deutsche Verhandlungen stattgefunden hätten, was gegen die Souveränität des litauischen Staates verstoße. Bei diesen Verhandlungen handelte es sich aber lediglich um private Besprechungen über die Ausfuhr und den Absatz memelländischer landwirtschaftlicher Produkte in Deutschland.

Deutschland hat in Genf bei dem Generalsekretär des Völkerbundes den Antrag gestellt, die Vorläufige Kommission in Memelgebiet als einen Bruch des Statutes des Memelgebietes sofort auf die Tagesordnung des Rates zu setzen. In der Sitzung des Völkerbundesrates, die sich mit der Memelfrage zu befassen hat, wird Reichskanzler Dr. Brüning, wenn seine Kreisdispositionen es gestatten, Deutschland vertreten.

Die Memelkonvention, am 30. Juli 1924 abgeschlossen, besagt in Artikel 17, daß der Präsident vom Gouverneur ernannt wird und solange im Amt bleibt, als er das Vertrauen des Landtags besitzt. Das hat Präsident Böttcher in vollem Umfang bezeugt, was ihm noch unlängst durch ein mit Zweidrittelmehrheit erfolgtes Vertrauensvotum bestätigt worden ist. Der Gouverneur hat überhaupt kein Recht, die memelländische Regierung abzusetzen, solange diese das Vertrauen des Landtags genießt. Zunächst handelt es sich also um einen Bruch des Memelstatuts, wenn von litauischer Seite bzw. von dem Gouverneur Böttcher aus dem Amt entfernt wurde, obwohl weder ein Rechtsgrund noch auch nur ein sachhaltiger Vorwand dafür bestand.

Die Unterzeichner der Konvention sind Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan. In diesen Mächten liegt es deshalb, mit jeder denkbaren Beschleunigung ein Verfahren herbeizuführen, das den Rechtsbruch in Memel korrigiert und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zieht. Schon die Bemühungen, die Ereignisse zunächst dadurch der Außenwelt gegenüber geheimzuhalten, daß die telephonischen und telegraphischen Verbindungen Memels mit den Plätzen jenseits der Grenze längere Zeit unterbrochen waren, deuten nicht auf ein starkes Rechtsbewußtsein der litauischen Machthaber hin, wenn auch nachträglich, nachdem die Vorgänge bekannt geworden waren, im litauischen Kommuniqué ein lahmmer Rechtfertigungsversuch für den Gewaltstreich versucht wurde.

Litauische Ausschreitungen gegen Memelländer

WZ. Memel, 8. Febr. (Tel.) Eine Sitzung der memelländischen Landtagspartei wurde gestern von etwa 35 jungen Leuten aus Großlitauen gestört. Sie schlugen großen Lärm und bewarfen den Vorlesenden der Partei, Conrad, mit Eiern. Auf das Fenster, an dem Conrad stand, wurde ein Schuß abgegeben, der aber sein Ziel verfehlte. Die Polizei löste die Versammlung auf.

Präsident Böttcher auf freiem Fuß?

WZ. Kovno, 8. Febr. (Priv.-Tel.) Wie verlautet, soll Böttcher auf freiem Fuß gesetzt worden sein. Er bleibe aber auch weiterhin zur Verfügung des litauischen Kommandanten von Memel.

Das Urteil im Lübecker Tuberkuloseprozess

lautete gegen Professor Dr. Deyde wegen fahrlässiger Tötung in Lateinisch mit fahrlässiger Körperverletzung auf 2 Jahre Gefängnis, gegen Obermedizinalrat Dr. Altmacht wegen Tötung in Lateinisch mit fahrlässiger Körperverletzung auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Prof. Dr. Klotz und Schwester Anna Schüge wurden freigesprochen.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus: Es ist fahrlässige Körperverletzung an 131 Kindern und fahrlässige Tötung an 68 Kindern begangen worden. Das Gericht ist der Meinung, daß eine Verweigerung oder Veruntreuung mit dem Mörder Stamm erfolgt ist. Es handelt sich um ein anerkanntes Verbrechen. Gegen Professor Deyde und Dr. Altmacht ist der Vorwurf zu erheben, daß sie in einem unzureichenden Laboratorium hergestellten Impfstoff zum Verbrauch an Menschen ausgegeben haben.

Kleine Chronik

Mit den Aufräumungsarbeiten im Alten Schloß in Stuttgart soll demnächst begonnen werden. Die Kosten sind auf etwa 48 000 RM. veranschlagt. Davon trägt die Gebäudeversicherungsanstalt etwa 75 Prozent, den Rest die Stadt Stuttgart. Beachtlich ist, das Gerüst, das für die Aufräumungsarbeiten errichtet werden muß, für die nachfolgende Sicherung der Mauern und den eventuellen Wiederaufbau freizulassen.

In Weihenhorn bei Ulm brach nachts in den Stallgebäuden der Schweinezuchtanstalt, wo drei Herden von Schaffalfern untergebracht waren, Feuer aus. Dabei kamen nicht weniger als 180 Schafe, sowie Großvieh und ein Pferd auf gräßliche Weise ums Leben.

Im Fauna-Fragezettel in Frankfurt a. M. begann heute, Montag, das Klaidhofer des Ersten Staatsanwalts.

In einer Kohlengrube bei Marchienne (Charleroi) hat sich in 1260 Meter Tiefe eine Explosion schlagender Wetter ereignet. 7 Bergleute wurden schwer verletzt, 18 weitere Bergleute wurden zwischen zwei zu Bruch gegangenen Strecken eingeschlossen. Die Hoffnung auf ihre Rettung muß aufgegeben werden.

Der „Observatore Romano“ dementiert das Gerücht, wonach die Mönche auf dem Großen St. Bernhard die Abficht haben, das Hospiz zu verlassen. Das Organ des Vatikan erklärt, daß die Mönche dort bleiben werden, obwohl das Hospiz heute keine so wichtige Rolle spielt, wie in der Vergangenheit.

59 Todesurteile in Polen. Im Justizauschuß des polnischen Sejm wurde ein sozialistischer Antrag behandelt, der die Aufhebung der Standgerichte fordert, welche während der letzten 5 Monate 59 Todesurteile ausgesprochen hätten, von denen 31 vollzogen wurden. Die Vollstreckung sei so häufig, daß der Sejm seiner Arbeit nicht nachkommen könne. Es seien Fälle vorgekommen, wo Verurteilte, denen die Todesurteile schon mitgeteilt worden waren, oft zwei Tage auf die Vollstreckung des Urteils hätten warten müssen.

Die Wahl des Reichspräsidenten

Ein Rundschreiben des Reichsinnenministers

Der Reichsinnenminister hat die Landesregierungen darauf hingewiesen, daß größere Städte die Bestätigung der Stimmberechtigung der Unterzeichner von Wahlorschlagslisten für die Reichspräsidentenwahl nicht deshalb verweigern können, weil sie bereits für mehr als 20 000 Eintragungen die Bestätigung erteilt haben. Ob ein Wahlorschlag mit der Mindestzahl von Unterschriften oder mit mehr Unterschriften eingereicht werden will, ist den Unterzeichnern oder dem Vertrauensmann des Wahlorschlags überlassen. Grundsätzlich hat jeder Unterzeichner den Anspruch, daß seine Unterschrift bei der Einreichung berücksichtigt wird. Hiernach sind Gemeindebehörden nicht in der Lage, Ersuchen um Vornahme weiterer Bestätigungen abzulehnen.

Dem Hindenburg-Ausschuß sind in den letzten Tagen zahlreiche Zustimmungserklärungen aus allen Gegenden Deutschlands zugegangen. Eine große Anzahl von Trägern bedeutender Namen hat sich bereit erklärt, den Aufruf des Hindenburg-Ausschusses noch nachträglich zu unterzeichnen. 707 000 Personen haben sich in den ersten vier Einzeichnungstagen eingetragen.

Aus den Ländern

Mahnahmen gegen den Waffenmißbrauch in Württemberg

Nach einer Verordnung des württembergischen Innen- und Wirtschaftsministeriums müssen alle in Württemberg vorhandenen Schusswaffen und Munitionsbestände, soweit sie den Beschlüssen des Schusswaffengesetzes unterliegen, bis zum 20. Februar den örtlichen Polizeibehörden angemeldet werden. Auf Hand- und Stohwaffen ist die Anmeldepflicht zunächst nicht ausgedehnt worden. Die Polizei kann alle dem Schusswaffengesetz unterliegenden Schusswaffen und Munitionsbestände einzuziehen und in Polizeigewahrsam nehmen oder ihre Ablieferung zu einem späteren Termin verlangen, wenn die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung dies erfordert. Zuvörderst werden mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Kabinettsitzung in Thüringen

Über die Einbürgerungsangelegenheit Hitlers hielt die thüringische Regierung am Freitag eine Kabinettsitzung ab. In der das Staatsministerium über die Angelegenheit Hitler unterrichtet wurde. Dabei ergab sich als einmütige Auffassung folgendes: Die Absicht, einen verdienten Frontsoldaten des deutschen Kriegsheeres alle Rechte eines deutschen Staatsbürgers zu geben, betrachte man als durchaus verständlich. Das Staatsministerium bedauert aber die verfehlte und unwürdige Art, mit der seitens des damaligen thüringischen Innenministers Frid die Beamtenanstellung Hitlers versucht wurde. Unter Umgehung der bei der Anstellungssperre geltenden Bestimmungen seien die zuständigen Stellen nicht hinzugezogen worden. Die Staatsregierung war einstimmig der Auffassung, daß kein Anlaß vorliegt, gegen die beiden beteiligten Beamten ein Disziplinarverfahren einzuleiten.

Hindenburg Ehrenprotector der Mainzer Welt-Goethe-Ausgabe. Der Druckleitung der Mainzer Welt-Goethe-Ausgabe ging vom Büro des Reichspräsidenten die Mitteilung zu, daß Reichspräsident von Hindenburg sich entschlossen hat, die Ehrenschirmherrschaft über die Welt-Goethe-Ausgabe des Volksstaats Hessen und der Stadt Mainz zu übernehmen.

Badischer Teil

Abwicklung der Wohnungsumzüge zum 1. April 1932

Die Preßstelle beim Staatsministerium teilt mit:

Die große Zahl der Kündigungen auf den 1. April 1932 wird gegenüber den bisherigen Umzugsterminen eine außerordentliche Steigerung der Umzüge im Gefolge haben. Es ist zu befürchten, daß hierdurch dem Speditionsgewerbe und dem Handwerk große Schwierigkeiten erwachsen werden. Es ist daher Aufgabe aller Beteiligten, diese Schwierigkeiten nach Möglichkeit zu mindern. Dies kann dadurch geschehen, daß diejenigen Mieter, die in eine bereits freitretende Wohnung umziehen, den Umzug so frühzeitig wie nur möglich bewerkstelligen, so daß alsdann auch ihre Wohnungen wiederum zu einem früheren Termin als dem 1. April 1932 von dem Mietnachfolger bezogen werden können. Soweit eine Möglichkeit zu einem früheren Umzug bestand, wurde auch bisher vielfach hiervon Gebrauch gemacht. Die gewaltige Steigerung der Kündigungen auf den 1. April 1932 erfordert jedoch, daß diesmal jeder Mieter von der Möglichkeit eines früheren Umzugs unbedingt Gebrauch macht und jeder Eigentümer hierbei nach Kräften mithilft. Wird hiernach gehandelt, dann ist zu hoffen, daß die zu befürchtenden Schwierigkeiten eine erhebliche Milderung erfahren werden.

Keine Eisenbahnwagen als Wohnbaracken

Zu Beginn dieses Jahres haben mehrere Tageszeitungen unter dem Bild eines Eisenbahnwagens mitgeteilt, daß die Reichsbahn den Gemeinden ausgemusterte Eisenbahnwagen als Wohnbaracken zum Preis von je 50 RM überlasse und sie auch noch kostenlos zum Bestimmungsort befördere. Dieser Veröffentlichung steht die Reichsbahn fern. Sie verkauft wohl ausgemusterte Personenzugwagen, aber nicht zum Preis von 50 RM, sondern zu einem, dem Gebrauchswert entsprechenden Preis, der je nach der Bauart des Wagens zur Zeit 200—300 RM beträgt. Dazu kommt noch die Fracht vom Werkstättenbahnhof bis zum Bestimmungsbahnhof. Zum Verkauf stehen nur wenige Wagenlasten zur Verfügung; denn die Reichsbahn kann bei ihrer finanziellen Lage jetzt nicht viele Wagen ausmisten und durch neue ersetzen. Kaufinteressenten wird empfohlen, sich an die dem Bestimmungsbahnhof nächstgelegene Reichsbahndirektion zu wenden.

In Baden dürfen alte Eisenbahnwagen nach den baupolizeilichen Bestimmungen nicht zu Wohnzwecken verwendet werden.

Die Gauleitung der Nationalsozialisten ist beunruhigt!

In dem führenden nationalsozialistischen Parteiorgan „Der Führer“ vom 7. Februar 1932 und in seinem Kopfbild „Der Alemanne“ vom gleichen Tage veröffentlicht der badische Gauleiter der NSDAP, Landtagsabgeordneter Wagner, einen offenen Brief an den Reichsinnenminister mit der Bitte, die gesetzes- und verfassungsmäßigen Zustände in Baden wieder herzustellen und der Befürchtung entgegenzutreten, immer noch um sich greifenden Rechtsunsicherheit mit ihren Folgen Einhalt zu gebieten. Begründet wird dieses Ansinnen mit dem Vorgehen der Polizei gegen die Nationalsozialisten in letzter Zeit. Dieses wird als verfassungswidrig und unberechtigt bezeichnet!

Es mag sein, daß das Eingreifen der Polizei den Nationalsozialisten unangenehm ist. Weite Kreise der Bevölkerung haben das nationalsozialistische Wesen und Aufreizen jetzt endlich satt. Der Gauleitung scheint unbekannt zu sein, daß die Reichsnotverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen das Vorgehen der Polizei unter Aufhebung entgegenstehender Grundrechte begründet und die rechtlichen Voraussetzungen für die notwendig gewordenen Versammlungsverbote und Nebengebote geschaffen haben. Bei den Zeitungsverböten wurde doch regelmäßig Beschwerde über den Reichsminister des Innern an das Reichsgericht eingelegt. Ist es der Gauleitung nicht mehr erinnerlich, daß der Reichsinnenminister nach sachlicher Prüfung von seinem Recht zur Abänderung oder Aufhebung in keinem Fall eines badischen Verbots Gebrauch gemacht hat und daß das Reichsgericht mit Ausnahme eines Falles („Heidelberger Beobachter“ im Juli vorigen Jahres) immer nur die Verbote bestätigt hat?

Weshalb wird wohl in der gleichen Nummer des „Führer“ (des „Alemanne“) die Einrichtung des sogenannten agrarpolitischen Apparats als etwas nicht geheimes bezeichnet? Ist der Gauleitung nicht bekannt, daß ihr landwirtschaftlicher Fachberater selbst diese Organisation ausdrücklich wiederholt in seinen Rundschreiben als eine zu vermeidende bezeichnet hat? Ein Blick in die zentrale Beschlagnahmeverfügung der Polizeidirektion Karlsruhe würde hierüber belehren können. Will die Gauleitung die Beschlagnahmeverfügung über die Rundschreiben nicht veröffentlichen? Oder kann oder darf sie es nicht, weil der „a. A.“ der Nationalsozialisten, wie der agrarpolitische Apparat offiziell abgefürzt wird, der Reichsleitung unmittelbar untersteht?

Wenn der nationalsozialistische Gauleiter, die Veröffentlichung der SA- und SS-Organisation in Baden bemängelt, weil das Ausland sie hierdurch erfahren könnte, so muß doch daran erinnert werden, daß die Nummern dieser Organisationen nicht nur abgelesen werden könnten, wenn wir die früheren Aufzüge und Demonstrationen noch hätten — sie sind durch die Notverordnungen im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten —, sondern daß diese Nummern auch in den nationalsozialistischen Zeitungen selbst veröffentlicht werden, wie z. B. in der erwähnten Nummer des „Führer“ (des „Alemanne“), die der SS. 5. Febr. 32. Hat nicht die nationalsozialistische Presse kürzlich die Gesamtstärke dieser Organisationen selbst reklamenmäßig der Öffentlichkeit bekanntgegeben? Offenbar sollte das Ausland diese Zahlen nicht lesen.

Die Sorge der Nationalsozialisten um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Baden ist unbegründet. Diese Sorge ist eine Annäherung. Wer ist beunruhigt?

„Der agrarpolitische Apparat“

Zu der von der Preßstelle beim Staatsministerium vorgekommenen Veröffentlichung des Briefes des Nationalsozialisten Fleck an die Partei angehörenden Landwirte bemerkt der „Bad. Beobachter“ in seiner Sonntagsnummer u. a. folgendes:

„Wir wissen nicht, ob und inwieweit die zum Dankkreis der nationalsozialistischen Ideen zählende Bauernschaft den Forderungen der Partei entsprochen hat. Aber wir sind geneigt, die Wirkung für nicht gut stehend zu halten. Es handelt sich u. E. um einen Nihilismus, der mehr den Willen als die Macht hat, das Volksganze zu schädigen. Der Wille ist sicher vorhanden und darum hat die Regierung die Pflicht, hier nach dem Rechte zu sehen und den Dingen nachzugehen, damit nicht doch schließlich Unheil daraus entsteht. Auf solche Spintifizierungen, die an das Vorheimer Dokument erinnern, kommen junge Leute, um die es sich hier offenbar handelt, nur dann, wenn sie sonst keine Beschäftigung haben. „In nütziger Weise schafft der böse Geist.“ Das große Übel unserer Zeit ist der Mangel an Arbeit, das Fehlen eines ernsthaften Betätigungsfeldes für die vielen jungen Leute, die unter einem sonst nicht zu befriedigenden Tätigkeitsdrang in den nationalsozialistischen Illusionen ein weites Feld für solchen Drang finden. Wäre es möglich, diesem Übel der mangelnden Gelegenheit zur Betätigung abzuhelfen, dann würde der ganze Spud auf einmal verschwinden und mancher, der heute ernstlich sich mit denartigen unnützen und schließlich bedenklichen Dingen abgibt, fände dann einen Anlaß, beim Rückblick auf die an solchen Extravaganzen so furchtbare Zeit, recht herzlich zu lachen. Das Schlimme daran sind nicht so sehr die Erscheinungen, wie sie in dem Rundschreiben des landwirtschaftlichen Geschäftsrats Fleck angebeutet sind, ist vielmehr der Untergrund, aus dem sie hervorragen und dieser ist die Wirtschaftskrise, die durch die ganze Welt geht, aber da am schlimmsten wirkt, wo ein verlorenener Weltkrieg und die Inflation schon arge Verheerungen angerichtet haben. In Genf tagt die Abrüstungskonferenz — von ihrem Ergebnis wird auch nach der Richtung hin viel abhängen.“

Aufnahmeprüfungen an den Höheren Lehranstalten

Die Direktionen der badischen Höheren Lehranstalten sind vom Unterrichtsministerium ermächtigt worden, ausnahmsweise für solche, die nicht in den untersten Jahreskursen eintreten wollen, auch nach den Osterferien Aufnahmeprüfungen abhalten zu lassen. Das Nichtbestehen der Aufnahmeprüfung vor den Ferien schließt die Zulassung zu einer weiteren Aufnahmeprüfung nach den Ferien aus.

Aus der Landeshauptstadt

Ermäßigung der Schlafwagenpreise. Die angekündigte Ermäßigung der Bettkartenpreise der Mitropa wird nunmehr offiziell bekanntgegeben. Sie wird am 1. März in Kraft treten. Gleichzeitig fällt die Vormerkegebühr fort, so daß künftig die Preise für Bettarten die gleichen sind, wenn sie bei einem Reisebüro bestellt oder wenn sie am Zuge beim Schaffner gelöst werden. Eine Bettkarte 3. Klasse ohne Wäsche kostet fünfzig Pfennig, einschließlich Wäsche und Bedienungsgehalt 8 RM. Die Bettkarten 1. Klasse sind auf 20 bzw. 25 RM, 2. Klasse auf 14,50 bzw. 12,50 RM ermäßigt worden. Es ist beabsichtigt, auch die Bettkartenpreise der ins Ausland führenden Schlafwagentur zu senken.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Montagmorgen: Die Hochdruckwetterlage, die in den beiden letzten Tagen vorübergehend wieder hergestellt war und uns wolkenloses Wetter gebracht hatte, hielt bereits ab. Wir müssen daher auch für morgen mit wolkeigem Wetter bei westlichen Winden rechnen. — Voraussage: Fortdauer der bestehenden Bitterung, Nachlassen des Frostes.

Wasserstände: Waldshut 179 —2, Wajel 26 —1, Schusterinsel 33 unv., Rheinweiler 192 —1, Rehl 78 —2, Maxau 353 —2, Mannheim 215 —6, Caub 156 —1.

Kurze Nachrichten aus Baden

ld. Bühl, 7. Febr. Ein 12 Jahre alter Schüler aus Bühl-Lectal wurde festgenommen, weil er in Bühl und Umgebung nicht weniger als sechs Fahrraddiebstähle begangen hat.

ld. Rehl, 7. Febr. Von einem „deutsch-französischen Zwischenfall“ hatte die Pariser Presse berichtet; dazu wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: Sämtliche französischen Zollbeamten, die von Straßburg nach Rehl zum Dienst im französischen Zollabfertigungsgebiet auf den Rehler Bahnhof kommen, bringen Tabak zum eigenen Gebrauch mit, der nach den Bestimmungen wohl zollfrei, aber nicht steuerfrei ist. Am Samstag wurden nun einige französische Beamte von deutschen Zollbeamten angehalten und ihnen eine verhältnismäßig große Menge — es waren 9 Kilo — Tabak abgenommen. Dieser Tabak wurde dann wieder nach Straßburg zurückbefördert.

ld. Schutterwald (bei Offenburg), 8. Febr. Der geschiedene lebende Spediteur Falk bedrohte in einem Wirtshaus die Gäste, besonders den Landwirt Mundenaft. Als dieser in der Nacht nach Hause ging, wurde er von Falk, der mit Messer und Prügel ausgerüstet war, überfallen. Mundenaft setzte sich zur Wehr mit seinem Taschmesser und dem von Falk abgenommenen Prügel. Falk entfernte sich, stürzte aber nach 50 Meter Entfernung zusammen. Mundenaft nahm sich sofort des Falk an, der im Offenburger Krankenhaus am Sonntagmittag verstarb. Falk hatte einen schlechten Leumund, dagegen ist Mundenaft als fleißiger und ruhiger Mann bekannt.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	8. Februar		6. Februar	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	169.58	169.92	169.58	169.92
Kopenhagen 100 Kr.	79.87	80.03	79.92	80.08
Zürich 100 S.	21.95	21.99	21.98	22.02
London 1 Pf.	14.46	14.50	14.51	14.55
New York 1 D.	4.200	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.57	16.61	16.57	16.61
Schweiz 100 Fr.	82.10	82.26	82.10	82.26
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Prag 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Die diesjährige Schweizer Mustermesse in Basel findet vom 2. bis 12. April statt. Die Baumeffe, die letztes Jahr schon eine gute Beteiligung aufwies, wird in diesem Jahre noch wesentlich erweitert werden.

Staatsanzeiger

Losvertrieb.

Der Deutschen Lotterie-Emissions-Gesellschaft m. b. H. in Berlin wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb (III. Kölner Dombau-Geldlotterie) in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 3. Februar 1932.

Der Minister des Innern

J. B.: Weigel

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Tiefbauwesen.

Die nächste Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Tiefbauwesen beginnt

Montag, den 15. Februar 1932.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind umgehend mit den vorgeschriebenen Belegen beim Regionalbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Lammstraße 19, hier einzureichen.

Karlsruhe, den 6. Februar 1932.

Der Minister der Finanzen

J. B.: Sammet

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Hochbauwesen.

Die nächste Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Hochbauwesen beginnt

Montag, den 15. Februar 1932.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind umgehend mit den vorgeschriebenen Belegen beim Finanzministerium einzureichen. Für den Nachweis der praktischen Ausbildung genügen allgemein gehaltene Zeugnisse nicht. Die Art der Beschäftigung bei den einzelnen Stellen muß vielmehr genau angegeben werden.

Karlsruhe, den 6. Februar 1932.

Der Minister der Finanzen

J. B.: Sammet

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Auf Ansuchen in den einstufigen Ruhestand versetzt: Direktor Ernst Hiermann an der Gewerbeschule in Rorschach; Direktor Jakob Wahl an der Gewerbeschule in Konstanz; Professor Wilhelm Lacroix an der Lehrerbildungsanstalt Heidelberg.

Entlassen auf Ansuchen:

Der ordentliche Professor der Pharmakologie an der Universität Heidelberg Dr. W. Gebauer.

